Verbot anonymer Bitcoin-Überweisungen, Gasverbrauch sinkt deutlich in Deutschland, Arbeitslosigkeit steigt im Juni

Verbot anonymer Bitcoin-Überweisungen

In der Nacht zu Donnerstag (30.06.2022) einigten sich die EU-Länder und das Europäische Parlament auf ein Gesetz, um Kryptowährungsüberweisungen nachverfolgbar zu machen. Somit müssen Kryptoplattformen künftig Informationen über Sender und Empfänger ermitteln, wenn sie Transaktionen abwickeln. Es spielt dabei keine Rolle, wie hoch der überwiesene Beitrag ist. Im Fall einer Ermittlung wegen Geldwäsche oder Terrorismus müssen die Anbieter die Information auch an die zuständigen Behörden weiterleiten. Von der Regulierung unberührt bleiben sollen nur direkte Transfers zwischen Inhabern von plattformunabhängigen Kryptogeldbörsen. Bevor das Gesetz offiziell in Kraft tritt, müssen das EU-Parlament und die Länder es noch formell abnicken. (Spiegel Online)

Gasverbrauch sinkt deutlich in Deutschland

In Deutschland haben Verbraucherinnen und Verbraucher in den ersten fünf Monaten dieses Jahres deutlich weniger Gas verbraucht als noch im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bundesweit lag der Verbrauch zwischen Januar und Mai 2022 bei rund 460 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Gas, wie der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) am Donnerstag (30.06.2022) mitteilte. Das waren demnach 14,3 Prozent weniger als in den ersten fünf Monaten des Vorjahres. Neben der milden Witterung im Frühjahr seien auch die hohen

Gaspreise ein wesentlicher Grund dafür. Denn auch bereinigt um Temperatureffekte lag der Rückgang im Vorjahresvergleich laut dem Verband noch bei knapp 6,5 Prozent. Deutlich rückläufig ist auch die Stromerzeugung aus Erdgas: So lag die Gasverstromung in den ersten fünf Monaten dieses Jahres laut der Verbandsmitteilung mit 37 Milliarden kWh ebenfalls um bislang 14,3 Prozent niedriger als im Vorjahreszeitraum. (Manager Magazin)

Arbeitslosigkeit steigt im Juni 2022

Wegen der Erfassung ukrainischer Flüchtlinge ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland erstmals seit Monaten wieder gestiegen. Im Juni 2022 waren 2,363 Millionen Menschen ohne Job. Das sind 103.000 mehr als im Mai 2022, aber immer noch 251.000 weniger als vor einem Jahr, wie die Bundesagentur für Arbeit am Donnerstag mitteilte. Die Arbeitslosenquote stieg um 0,3 Punkte auf 5,2 Prozent. Für ihre Juni-Statistik griff die Bundesagentur auf Datenmaterial zurück, das bis zum 13. Juni 2022 vorlag. Die Kurzarbeit ist trotz der Folgen des Ukraine-Krieges weiter rückläufig. Im April wurde für 401.000 Menschen Kurzarbeitergeld gezahlt. Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland ist weiter steigend. (Der Tagesspiegel)